



# **Beschlüsse zur Bundeskonferenz**

**AG Selbst Aktiv – Menschen  
mit Behinderungen in der SPD**

**22.-23. April 2022 in Berlin**

# Anträge zur ordentlichen Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv, Menschen mit Behinderungen in der SPD, 22.-23.04.2022, Berlin

## Inhalt

<b>Angenommene und überwiesene Anträge</b> .....	4
Antrag 1.....	4
(Angenommen in geänderter Fassung).....	4
Gemeinsamer Antrag des Bundesvorstandes von Selbst Aktiv zur Einführung einer Doppelspitze, bei Erhalt der Gesamtanzahl der Vorstandsmitglieder.....	4
Antrag 2.....	4
(Angenommen in geänderter Fassung).....	4
Einrichtung einer Enquête-Kommission Inklusion .....	4
Antrag 3.....	5
(Angenommen) .....	5
Inklusives Parteileben .....	5
Antrag 4.....	6
(Angenommen in geänderter Fassung).....	6
Chancengleichheit in der (partei-)politischen Teilhabe für Menschen mit Hör- und Sprachbehinderungen .....	6
Antrag 6.....	7
(Angenommen in geänderter Fassung).....	7
Belange von Menschen mit Behinderung bei politischen Vorhaben berücksichtigen .....	7
Antrag 7.....	9
(Angenommen in geänderter Fassung).....	9
Beschäftigte von Werkstätten für Behinderte Menschen ins MILOG aufnehmen.....	9
Antrag 8.....	10
(Angenommen in geänderter Fassung).....	10
Blinden- und Gehörlosengeld einheitlich regeln!.....	10

Antrag 9.....	11
(Angenommen in geänderter Fassung).....	11
Dynamisierung der Pflichtquote zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen .....	11
Antrag 10.....	12
(Angenommen in geänderter Fassung).....	12
Mehr Mitbestimmung von Beratungsstellen, Therapeuten und andere medizinische Fachpersonen beim Zulassungsverfahren von Hilfsmittel der Krankenkassen.....	12
Antrag 11.....	12
(Angenommen).....	12
Kein Leistungsausschluss in der Eingliederungshilfe für Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.....	12
Antrag 12.....	13
(Angenommen).....	13
Berücksichtigung anspruchsberechtigter Menschen mit Behinderungen bei der BaföG – Reform .....	13
Antrag 13.....	13
(Angenommen).....	13
Europäischer Nachteilsausgleich.....	13
Antrag 14.....	14
(Überwiesen an den Selbst Aktiv-Bundesvorstand).....	14
„barrierearm“ ist nicht definiert - „barrierefrei“ im BGG schon.....	14
Antrag 16.....	14
(Angenommen).....	14
Gleichbehandlung von Assistenzhunden mit Blindenführhunden durch Aufnahme in den Hilfsmittelkatalog und Sicherung der Finanzierung durch Kostenträger.....	14
Antrag 17.....	15
(Angenommen in geänderter Fassung).....	15
Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung.....	15

Antrag 20.....	16
(Angenommen in geänderter Fassung).....	16
Stimmrecht für Selbst Aktiv im SPD-Parteivorstand, bei Parteitag und Parteikonventen.....	16
Antrag 21.....	16
(Angenommen) .....	16
Vollständige Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln.....	16
Antrag 22.....	18
(Überwiesen an die Landesverbände) .....	18
Barrierefreiheit vor Denkmalschutz .....	18
Antrag 23.....	19
(Angenommen) .....	19
E-Scooter müssen Bestandteil der StVO werden.....	19
Antrag 24.....	20
(Angenommen) .....	20
Reform der Bundesagentur für Arbeit .....	20
Antrag 25.....	21
(Angenommen) .....	21
Reform des Schwerbehindertenrechts und des damit verbundenen Schwerbehindertenausweises.....	21
Antrag 26.....	22
(Angenommen) .....	22
Erarbeitung eines bundeseinheitlichen barrierefreien Notfall- und Versorgungsplanes für Menschen mit Behinderung in Krisenzeiten .....	22
<b>II. Weitere Anträge.....</b>	<b>22</b>

# 1 **Angenommene und überwiesene Anträge**

## 2 **Antrag 1**

3

4 Antragsteller\*in: Bundesvorstand AG Selbst Aktiv

5 (Angenommen in geänderter Fassung)

## 6 **Gemeinsamer Antrag des Bundesvorstandes von Selbst Aktiv zur** 7 **Einführung einer Doppelspitze, bei Erhalt der Gesamtanzahl der** 8 **Vorstandsmitglieder**

9

10 Die Delegierten der Bundeskonferenz von Selbst Aktiv mögen beschließen:  
11 Der Bundesvorstand von Selbst Aktiv setzt sich unverändert aus insgesamt  
12 11 Vorstandsmitgliedern zusammen. Analog des Parteivorstandes werden  
13 jedoch eine Vorsitzende und ein Vorsitzender, also zwei Personen verschie-  
14 denen Geschlechts gewählt. Hinzu kommen dann zwei Stellvertreter\*in-  
15 nen, sowie acht weitere Vorstandsmitglieder.

16

## 17 **Antrag 2**

18

19 Antragsteller\*in: Bundesvorstand AG Selbst Aktiv

20 Empfänger\*innen:  
21 SPD-Parteivorstand  
22 SPD-Bundestagsfraktion

23

24 (Angenommen in geänderter Fassung)

25

## 26 **Einrichtung einer Enquête-Kommission Inklusion**

27

28 Die Bundeskonferenz von Selbst Aktiv fordert den SPD-Parteivorstand und  
29 die SPD-Bundestagsfraktion auf, eine Enquête-Kommission Inklusion ein-  
30 zurichten. Hierbei sollen die Aspekte der UN-Behindertenrechtskonvention

31 auf ihre konkreten Aussagen zur Inklusion/Partizipation durchleuchtet  
32 werden. Abgeleitet hieraus werden konkrete Legislaturperioden übergrei-  
33 fende Vorschläge erarbeitet, wie die politischen Ziele von Inklusion und  
34 Partizipation konkret verwirklicht werden können. Dies bezieht sich u.a.  
35 auf die Transformation des Arbeitslebens, eines inklusiven Bildungssys-  
36 tems, Wohnen und Mobilität sowie Gesundheit und Sport.

37

### 38 **Antrag 3**

39

40 Antragsteller\*in: Bundesvorstand AG Selbst Aktiv

41 Empfänger\*innen:

42 SPD-Bundestagsfraktion

43 SPD-Parteivorstand

44 (Angenommen)

### 45 **Inklusives Parteileben**

46 Die Bundeskonferenz von Selbst Aktiv fordert den Parteivorstand auf, die  
47 Arbeitsgruppe „Inklusives Parteileben“ zu reaktivieren und unter Leitung  
48 des PV und Selbst Aktiv die SPD als Inklusionspartei weiterzuentwickeln.

49 **Antrag 4**

50

51 Antragsteller\*in: Landesverband Berlin

52 Empfänger\*innen: SPD-Bundesparteitag

53 (Angenommen in geänderter Fassung)

54

55 **Chancengleichheit in der (partei-)politischen Teilhabe für Menschen**  
56 **mit Hör- und Sprachbehinderungen**

57

58 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages und der  
59 Bundesregierung auf, unter partizipativer Einbeziehung der Selbstvertre-  
60 tungsorganisationen eine Nachbesserung des barrierefreien Ausbaus des  
61 Anfang 2020 eingeführten neuen Rechts auf Assistenzleistungen zur Sozi-  
62 alen Teilhabe im Rahmen der dritten Reformstufe des Bundesteilhabege-  
63 setzes zu erwirken, u.a.

64 - durch die Änderung des § 78 Absatz 1 und 5 SGB IX: Die Teilhabe am poli-  
65 tischen Leben und die ehrenamtlichen Aktivitäten sind anderen Teilhabe-  
66 bereichen gleichzustellen. Daher müssen die Teilhabe am politischen Le-  
67 ben und ehrenamtliche Aktivitäten in § 78 Abs. 1 zusätzlich mitaufgenom-  
68 men und der Absatz 5 hinsichtlich ehrenamtlicher Tätigkeiten um die indi-  
69 viduellen Kommunikationsbedürfnisse gehörloser Schwerhöriger und kog-  
70 nitiv beeinträchtigte Genoss\*innen auf allen politischen Ebenen ergänzt  
71 werden;

72 - durch die Streichung der Formulierung „aus besonderem Anlass“ in § 82  
73 SGB IX bei den Leistungen zur Förderung der Verständigung mit der Um-  
74 welt;

75 - durch die Abschaffung der Einkommens- und Vermögensabhängigkeit  
76 von Leistungen zur Sozialen Teilhabe.

77 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundes- und Länder-  
78 regierungen auf, sich unter partizipativer Einbeziehung der Selbstvertre-  
79 tungsorganisationen dafür stark zu machen, dass die Gebärdensprache als  
80 europäische Minderheitensprache anerkannt wird.

81

## 82 **Antrag 6**

83

84 Antragsteller\*in: Bezirk Hessen-Süd

85 Empfänger\*innen: Alle Parteigliederungen

86

87 (Angenommen in geänderter Fassung)

## 88 **Belange von Menschen mit Behinderung bei politischen Vorhaben berück-** 89 **sichtigen**

90 Alle Parteigliederungen werden dazu aufgefordert, die Interessen von  
91 Menschen mit Behinderungen bei politischen Vorhaben auf kommunaler,  
92 Landes- und Bundesebene zu berücksichtigen, damit eine selbstbestimmte  
93 und inklusive Teilhabe in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen möglich  
94 ist. Dies motiviert gleichzeitig auch Genossinnen und Genossen mit Behin-  
95 derung, sich aktiv an der Parteiarbeit zu beteiligen.

96 Um dies auch im Alltag umzusetzen, fordert die Arbeitsgemeinschaft  
97 Selbst Aktiv die Parteigliederungen dazu auf, die besonderen Bedürfnisse  
98 dieser Genossinnen und Genossen bei der Planung und Organisation der  
99 Parteiarbeit zu beachten und bei der Aufstellung von Kandidat\*innen-Lis-  
100 ten für politische Ämter Genossinnen und Genossen mit Behinderungen  
101 ausreichen einzubeziehen.

102 Unsere konkreten Forderungen sind:

103 - Implementierung der Inklusion in das politische Leitbild der Partei

104 - Umsetzung der UN-BRK auf allen Parteebenen umgehend und damit Be-  
105 rücksichtigung der Auswirkungen von politischen Vorhaben auf die  
106 Gruppe von Menschen mit Behinderungen

- 107 - Erfüllung / Übererfüllung der Beschäftigungsquote schwerbehinderter  
108 Menschen innerhalb der Partei selbst
- 109 - Förderung der vorrangigen Beschäftigung und Integration von Menschen  
110 mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt durch gezielte Unterstüt-  
111 zung von Unternehmen
- 112 - Dynamisierung der Pflichtquote zur Beschäftigung von Menschen mit Be-  
113 hinderungen entsprechend ihrem Anteil an der Gruppe der Erwerbstäti-  
114 gen, mit Untergrenze 5%
- 115 - Erhöhung der Durchlässigkeit von Menschen mit Behinderungen aus Be-  
116 hinderten-Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt und Fördermaßnah-  
117 men zur Erreichung dieses Ziels
- 118 - Tarifgerechte Bezahlung für Menschen in Behinderten-Werkstätten, min-  
119 destens aber Zahlung des Mindestlohns
- 120 - Fördermaßnahmen und Aufklärung über individuelle Rechte in Einrich-  
121 tungen für Menschen mit Behinderungen, mit dem Ziel ein selbstbe-  
122 stimmtes Leben zu ermöglichen
- 123 - Sicherstellung und Schaffung von Barrierefreiheit in allen relevanten Be-  
124 reichen des gesellschaftlichen und individuellen Lebens
- 125 - Berücksichtigung von besonderen Belangen von Menschen mit Behinde-  
126 rungen bei Maßnahmen zur Eindämmung von Pandemien z.B. bei seeli-  
127 scher Behinderung, Blindheit und Sehbehinderung, Taubheit und Schwer-  
128 hörigkeit etc.
- 129 - Schaffung von mehr behinderungsgerechte Toiletten und Wickelräumen  
130 für Erwachsene mit Zugang rund um die Uhr
- 131 - Einrichtung barrierefreie Schutzräume für Gewaltopfer, z.B. Frauenhäu-  
132 ser
- 133 - Installation eines hauptamtlichen Beauftragten für die Belange von Men-  
134 schen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene, der für alle Lebensberei-  
135 che zuständig ist

136 Für die Parteiarbeit bedeutet dies:

137 - Sicherstellung einer barrierefreien Teilnahmemöglichkeit an allen Veran-  
138 staltungen der Partei

139 - Bereitstellung von Materialien für die Parteiarbeit in barrierefreien For-  
140 maten

141 - Motivation von Genossinnen und Genossen mit Behinderungen zur Mit-  
142 arbeit z.B. durch spezielle Projekte und Aktionen und Sichtbarmachen der  
143 Arbeit aktiver Genossinnen und Genossen mit Behinderungen

144 - Kontaktaufnahme und Kontaktpflege mit Betroffenen über Newsletter,  
145 Kontaktmöglichkeit über Facebook und Zoomkonferenzen mit Selbst Aktiv  
146 mit dem Ziel, diese Menschen für eine aktive Mitarbeit zu gewinnen

147 - Implementierung einer Quote von 5% für Menschen mit Behinderungen  
148 auf aussichtsreiche Plätze von Kandidat\*innen-Listen für politische Man-  
149 date in Parlamenten

150 - Ggf. Unterstützung bei der Beschaffung behinderungsbedingter Arbeits-  
151 ausstattungen und sonstiger Unterstützungsleistungen für Mandatsträ-  
152 ger\*innen z.B. Assistenz, Gebärdendolmetscher\*innen etc.

153

## 154 **Antrag 7**

155

156 Antragsteller\*in: Bezirk Hessen-Süd

157 (Angenommen in geänderter Fassung)

158

## 159 **Beschäftigte von Werkstätten für Behinderte Menschen ins MILOG** 160 **aufnehmen**

161

162 Die Bundeskonferenz möge beschließen, dass Menschen die in Werkstät-  
163 ten für behinderte Menschen arbeiten den Status einer Arbeitnehmerin /

164 eines Arbeitnehmers erhalten und somit auch ins Mindestlohngesetz auf-  
165 genommen werden.

166 Die SPD-Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert deshalb:

167 1. Gleichberechtigung für alle, die in den Werkstätten für behinderte Men-  
168 schen arbeiten. Denn niemand darf wegen seiner Beeinträchtigung be-  
169 nachteiligt werden.

170 2. Gleiche Rechte durch Anerkennung des Arbeitnehmer\*innenstatus für  
171 die Werkstatt-Beschäftigten: angemessene Arbeitsverträge statt nachtei-  
172 lige „Werkstattverträge.“

173 3. Existenzsicherndes Arbeitseinkommen: Der gesetzliche Mindestlohn  
174 schützt vor Verarmung und schafft mehr Gerechtigkeit. Er muss als Min-  
175 desteinkommen auch für die Werkstattbeschäftigten gelten, solange es  
176 noch keine tariflichen Lösungen gibt.

177

## 178 **Antrag 8**

179

180 Antragsteller\*in: Bezirk Hessen-Süd

181 (Angenommen in geänderter Fassung)

## 182 **Blinden- und Gehörlosengeld einheitlich regeln!**

183 Die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen  
184 mit Behinderung in der SPD setzt sich für eine bundeseinheitliche Rege-  
185 lung des Blinden- und Gehörlosengeldes ein. Der Bundesminister für Ar-  
186 beit und Soziales, Hubertus Heil, wird gebeten hier initiativ zu werden.

187 Dies soll eingebettet werden in ein zeitnahes abzustimmendes Gesetz für  
188 ein bundesweites Behindertengeld.

189

190 **Antrag 9**

191

192 Antragsteller\*in: Bezirk Hessen-Süd

193 (Angenommen in geänderter Fassung)

194 **Dynamisierung der Pflichtquote zur Beschäftigung schwerbehinderter**  
195 **Menschen**

196 Die Pflichtquote zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen soll dy-  
197 namisch an die Quote schwerbehinderter Menschen im erwerbsfähigen  
198 Alter angepasst werden. § 154 Absatz 1 SGB IX muss daher wie folgt geän-  
199 dert werden: „Private und öffentliche Arbeitgeber mit jahresdurchschnitt-  
200 lich monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen sind nach den gegenwärtigen  
201 Bestimmungen des § 154 Abs. 1 Satz 1 des Neunten Buches Sozialgesetz-  
202 buch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (SGB IX) grund-  
203 sätzlich verpflichtet, mindestens 6% ihrer Arbeitsplätze mit schwerbehin-  
204 derten Menschen zu besetzen. Die Mindestquote zu beschäftigendem  
205 schwerbehindertem Menschen wird alle zwei Jahre angepasst.“

206 Gleichzeitig muss § 160 Absatz 2 SGB IX angepasst werden, um die Aus-  
207 gleichsabgabe für Arbeitgeber, die die Pflichtquote zur Beschäftigung  
208 schwerbehinderter Menschen nicht erfüllen, anzupassen. Absatz 2 muss  
209 daher wie folgt angepasst werden: „Die Ausgleichsabgabe beträgt je unbe-  
210 setztem Pflichtarbeitsplatz 1.125 € bei einer jahresdurchschnittlichen Be-  
211 schäftigungsquote von 4% bis weniger als dem geltenden Pflichtsatz,  
212 2.220 € bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsquote von 3%  
213 bis weniger als 4%, 3.320 € bei einer jahresdurchschnittlichen Beschäfti-  
214 gungsquote von 2% bis weniger als 3%, 4.420 € bei einer jahresdurch-  
215 schnittlichen Beschäftigungsquote von weniger als 2%.“

216 Die Absenkung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Schwerbehin-  
217 derung von 6 auf 5 wird zurückgenommen. Die Absenkung erfolgte unter  
218 der Voraussetzung, dass die Arbeitslosigkeit von Menschen mit Schwerbe-  
219 hinderung um 25 % sinkt.

220 **Antrag 10**

221

222 Antragsteller\*in: Bezirk Hessen-Süd

223 Empfänger\*innen: Bundesregierung, Ministerium für Gesundheit

224 (Angenommen in geänderter Fassung)

225 **Mehr Mitbestimmung von Beratungsstellen, Therapeuten und andere me-**  
226 **medizinische Fachpersonen beim Zulassungsverfahren von Hilfsmittel der**  
227 **Krankenkassen**

228 Die Bundeskonferenz wird gebeten, die Bundesregierung, und hier das da-  
229 für zuständige Ministerium für Gesundheit, aufzufordern, eine entspre-  
230 chende Gesetzesänderung in die Wege zu leiten damit Beratungsstellen,  
231 Therapeuten und andere medizinische Fachpersonen im Zulassungsver-  
232 fahren der Krankenkassen über die Entscheidung für Hilfsmittel stärker  
233 eingebunden werden können.

234

235 **Antrag 11**

236

237 Antragsteller\*in: Sachsen-Anhalt und Rheinland- Pfalz

238 Empfänger\*innen: SPD-Bundestagsfraktion

239 (Angenommen)

240 **Kein Leistungsausschluss in der Eingliederungshilfe für Bezieher von Leis-**  
241 **tungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**

242 Im Koalitionsvertrag der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP findet sich  
243 explizit hierzu keine Erwähnung.

244 Der Leistungsausschluss in der Eingliederungshilfe für Bezieher von Leis-  
245 tungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist zu streichen.

246

247 **Antrag 12**

248

249 Antragsteller\*in: Bundesvorstand

250 Empfänger\*innen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

251 (Angenommen)

252 **Berücksichtigung anspruchsberechtigter Menschen mit Behinderungen bei**  
253 **der BaföG – Reform**

254 Bei der anstehenden BaföG- Reform soll der Monatsbeitrag für die jungen  
255 Menschen mit Behinderungen durch einen nicht rückzahlbaren Zuschuss  
256 erhöht werden.

257

258 **Antrag 13**

259

260 Antragsteller\*in: Landesverbände Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt,  
261 Baden-Württemberg

262 Empfänger\*innen: Katarina Barley (PV), Bundesbeauftragter für die Be-  
263 lange von Menschen mit Behinderungen Jürgen Dusel

264 (Angenommen)

265 **Europäischer Nachteilsausgleich**

266 Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für einen europaweit gelten-  
267 den Behindertenausweis einzusetzen (European Disability Card).

268 **Antrag 14**

269

270 Antragsteller\*in: Landesverband Sachsen-Anhalt

271 Empfänger\*innen: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

272 (Überwiesen an den Selbst Aktiv-Bundesvorstand)

273 **„barrierearm“ ist nicht definiert - „barrierefrei“ im BGG schon**

274 Die von Unternehmen und anderen Verbänden ins Feld geführten Bezeich-  
275 nungen wie „barrierearm“, behindertengerecht, rollstuhlgerecht sind we-  
276 der im Bundesbehindertengleichstellungsgesetz noch in einer Bauordnung  
277 definiert. Die Formulierung „barrierefrei“ gilt es zu verwenden.

278

279 **Antrag 16**

280

281 Antragsteller\*in: Landesverband Bayern

282 Empfänger\*innen: Bundesregierung, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Partei-  
283 vorstand

284 (Angenommen)

285 **Gleichbehandlung von Assistenzhunden mit Blindenführhunden durch**  
286 **Aufnahme in den Hilfsmittelkatalog und Sicherung der Finanzierung durch**  
287 **Kostenträger**

288 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert die Bundesregierung, die  
289 SPD-Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand der SPD auf, den § 33  
290 SGB V auf alle medizinisch indizierten und verordneten Assistenzhunde  
291 entsprechend dem Blindenführhund zu erweitern sowie alle medizinisch  
292 indizierten und verordneten Assistenzhunde auch in den Hilfsmittelkata-  
293 log aufzunehmen, damit Menschen mit Behinderung in ihrer – auch finan-  
294 ziellen Versorgung mit dem Hilfsmittel Blindenführhund und Assistenz-  
295 hund gleichgestellt werden.

296 **Antrag 17**

297

298 Antragsteller\*in: Landesverband Bayern

299 Empfänger\*innen: Bundesregierung, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Partei-  
300 vorstand

301 (Angenommen in geänderter Fassung)

302 **Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung**

303 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert die SPD-Bundesregierung, die  
304 Bundestagsfraktion und den Bundesvorstand der SPD auf, die Leistungs-  
305 und Finanzierungsvereinbarung LUV III der Bahn dahingehend zu ändern  
306 und zu ergänzen, dass Menschen mit Behinderung

307 • einen Assistenzhund – Blindenführhunde sind gemäß Assistenzhundege-  
308 setz Assistenzhunde immer und in allen Zügen barrierefrei mit sich führen  
309 dürfen,

310 • die Schwerbehindertenplätze ohne Einschränkung in allen Zügen buchen  
311 und reservieren können oder

312 • eine eigene Unterbringung (Abteil) für die artgerechte Unterbringung des  
313 tierischen Hilfsmittels Assistenzhund in allen Zügen erhalten, buchen und  
314 reservieren können,

315 • anerkannte Assistenzhunde wie derzeit bereits Blindenführhunde, in al-  
316 len Zügen kostenfrei transportiert werden,

317 • Menschen mit anerkannten Assistenzhunden in allen Zügen immer be-  
318 fördert werden müssen,

319 • Im Schadensfall den Wert des Hilfsmittels Assistenzhund immer in vol-  
320 lem Umfang der Kostenträger Leistung erstattet bekommen.

321

322 **Antrag 20**

323

324 Antragsteller\*in: Bezirk Hannover

325 Empfänger\*innen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand

326 (Angenommen in geänderter Fassung)

327 **Stimmrecht für Selbst Aktiv im SPD-Parteivorstand, bei Parteitagen und**  
328 **Parteikonventen**

329 Mitgliederbeteiligung und eine gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen  
330 sind Grundorientierung der SPD als Volkspartei. Die Mitentscheidung von  
331 Menschen mit Behinderungen durch die AG Selbst Aktiv und auch der an-  
332 deren Arbeitsgemeinschaften muss gestärkt werden.

333

334 Wir fordern das grundlegende Stimmrecht für die AG Selbst Aktiv in allen  
335 Gliederungen und auf allen Ebenen. Entsprechende Richtlinien etc. sind zu  
336 ändern.

337

338 Wir wollen Mitentscheider\*innen sein, wie es in der UN-Behindertenrechts-  
339 konvention vorgesehen ist. Die Mitentscheidung kann nur durch das  
340 Stimmrecht im SPD-Parteivorstand und den weiteren Beschlussgremien der  
341 SPD möglich werden.

342

343

344 **Antrag 21**

345

346 Antragsteller\*in: Landesverband Baden-Württemberg

347 Empfänger\*innen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand

348 (Angenommen)

349 **Vollständige Barrierefreiheit in öffentlichen Verkehrsmitteln**

350 Unter dem Titel „Teilhabe und Inklusion“ schreibt das Bundesministerium  
351 für Arbeit und Soziales (BMAS): „Menschen mit Behinderung haben ein

352 Recht auf umfassende Teilhabe. Das bedeutet Barrierefreiheit auf allen  
353 Gebieten des Lebens.“

354 Eigentlich sollte der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bis Anfang  
355 2022 gemäß § 8 Abs. 3 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) vollständig  
356 barrierefrei sein. Tatsächlich ist Deutschland insbesondere im ÖPNV von  
357 Barrierefreiheit weit entfernt.

358 Aufzüge existieren längst nicht an allen Bahnhöfen, oder wenn es sie gibt,  
359 fallen sie immer wieder aus – meist nicht nur kurzzeitig. Unterschiedliche  
360 Bahnsteighöhen und verschiedene Zugtypen erschweren nicht nur Men-  
361 schen im Rollstuhl oder mit Rollatoren den Ein- und Ausstieg. Kurzfristige  
362 Gleisänderungen lassen viele ihre Züge verpassen – z.B. Menschen mit ver-  
363 mindertem Hör- oder Sehvermögen bekommen solche Änderungen oft-  
364 mals gar nicht mit, weil Durchsagen nicht oder unverständlich erfolgen o-  
365 der visuelle Anzeigen fehlen oder schlecht zu lesen sind.

366 Man könnte diese Liste noch erheblich erweitern. Fakt ist, dass Menschen  
367 mit Behinderung die Nutzung des ÖPNV so unnötig erschwert, wenn nicht  
368 sogar verunmöglicht wird.

369 Laut der Behindertenrechtskonvention der UN hat sich nicht der Mensch  
370 mit Behinderung zur Wahrung seiner Rechte anzupassen, sondern das ge-  
371 gesellschaftliche Leben aller muss von vornherein für alle Menschen (inklu-  
372 sive der Menschen mit Behinderungen) ermöglicht werden.

373 Daher muss die flächendeckende Barrierefreiheit – auch und insbesondere  
374 im ÖPNV – ganz oben auf der Agenda stehen und kurzfristig hergestellt  
375 und garantiert werden.

376 Dazu muss u.a. sichergestellt werden, dass Aufzüge kurzfristig repariert  
377 werden. Die für die Unterhaltung solcher Anlagen Verantwortlichen müs-  
378 sen ggf. sanktioniert werden, wenn sie ihre Aufgaben nicht erfüllen (bisher  
379 nicht vorgesehen).

380

381 **Antrag 22**

382

383 Antragsteller\*in: Landesverband Baden-Württemberg

384 Empfänger\*innen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand

385 (Überwiesen an die Landesverbände)

386 **Barrierefreiheit vor Denkmalschutz**

387

388 Gebäude, die unter Denkmalschutz stehen, müssen so um- und ausgebaut  
389 werden, dass alle Menschen gleichwertig Zugang haben.

390 Zustand Ist:

391 Die historischen Gebäude in der BRD werden zurecht unter Denkmalschutz  
392 gestellt, da die Nachwelt sich nicht nur an den Gebäuden erfreut, sondern  
393 sie auch an manche unschönen Dinge in der Geschichte erinnern soll.

394 Allerdings können diese Gebäude von Rollstuhlfahrer/innen und Men-  
395 schen mit Gehbehinderung oftmals nicht genutzt bzw. besucht werden, da  
396 ein barrierefreier Zugang fehlt. Begründung: Kein barrierefreier Zugang  
397 wegen Denkmalschutz!

398 Das heißt: Die jeweiligen Gebäude würden angeblich verunstaltet werden,  
399 die Menschen würden die herkömmliche Architektur nicht mehr erkennen  
400 und der geschichtliche Wert würde verloren gehen.

401 Zustand Soll:

402 Alle denkmalgeschützten Gebäude müssen für Rollstuhlfahrer/innen und  
403 Menschen mit Gehbehinderung zugänglich werden.

404 Schon im Mittelalter wurden Schlösser, Burgen und große Kirchen von ih-  
405 ren Herrschern immer wieder um- und/oder angebaut, um diese für ihre  
406 damaligen Bedürfnisse anzupassen.

407 Ich denke, dass es in unserem Land genügend Architekten/innen gibt, die  
408 ein historisches Gebäude so gestalten können, dass ein barrierefreier Zu-  
409 gang dementsprechend gestaltet werden kann und somit das Altertum  
410 mit der Moderne verbunden wird, sodass der Charme des Gebäudes erhal-  
411 ten bleibt.

412 Zugänge für Menschen mit Behinderung gehören dort hingebaut, wo alle  
413 anderen Menschen auch hineinspazieren. Denn vor dem Gesetz sind alle  
414 Menschen gleich, und keiner darf diskriminiert werden.

415 Sollte der Antrag nicht angenommen werden, dann gilt dieser als Anre-  
416 gung für alle Landesverbände.

417

### 418 **Antrag 23**

419

420 Antragsteller\*in: Landesverband Baden-Württemberg

421 Empfänger\*innen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand

422 (Angenommen)

### 423 **E-Scooter müssen Bestandteil der StVO werden**

424 E-Scooter müssen in die StVO als Verkehrsmittel aufgenommen werden,  
425 die Rollern oder Motorrädern gleichgesetzt werden. Eine Helmpflicht und  
426 die Parkregelung wären damit klar festgelegt. Menschen mit Behinderun-  
427 gen wären so nicht mehr in ihrer Mobilität auf den Gehwegen einge-  
428 schränkt.

429

430 **Antrag 24**

431

432 Antragsteller\*in: Landesverband Baden-Württemberg

433 Empfänger\*innen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand

434 (Angenommen)

435 **Reform der Bundesagentur für Arbeit**

436 Die Bundesagentur für Arbeit muss die Anliegen von Menschen mit Behin-  
437 derungen zügig und unbürokratisch bearbeiten. Insbesondere in den be-  
438 ruflichen Übergängen muss alles dafür getan werden, dass Menschen mit  
439 Behinderungen und deren zukünftige Arbeitgeber\*innen schnell und un-  
440 kompliziert gefördert werden.

441 Die Bundesagentur für Arbeit lässt sich immer wieder von der Unterneh-  
442 mensberatung McKinsey auf die Wirtschaftlichkeit ihrer Arbeit überprü-  
443 fen, zahlreiche Berater sind in den letzten Jahren in die Führungsetagen  
444 der Regionaldirektionen quer eingestiegen.

445 Mit dem Wechsel von Andrea Nahles an die Spitze der Bundesagentur für  
446 Arbeit, muss auch ein Mentalitätswechsel innerhalb der BA gelingen. Ge-  
447 rade in Verbindung mit der Corona-Pandemie, haben Menschen mit Behin-  
448 derungen wieder unter einer stark gestiegenen Arbeitslosigkeit zu leiden.  
449 Jetzt ist es Zeit, alle Unterstützungsleistungen, die gesetzlich ausgeschöpft  
450 werden können, auch wirklich schnell und unkompliziert einzusetzen, da-  
451 mit auch mehr Arbeitgeber\*innen Menschen mit Behinderungen einstel-  
452 len.

453

454 **Antrag 25**

455

456 Antragsteller\*in: Landesverband Baden-Württemberg

457 Empfänger\*innen: SPD-Bundesparteitag, SPD-Parteivorstand

458 (Angenommen)

459 **Reform des Schwerbehindertenrechts und des damit verbundenen**  
460 **Schwerbehindertenausweises**

461 Menschen mit Behinderungen sind oft gesundheitlich und finanziell beeinträchtigt. Deshalb verdienen sie faire Chancen, die besser zur Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben befähigen.

464 Ein neuer Teilhabeausweis, vormals Schwerbehindertenausweis, soll dies  
465 wirkungsvoll bewerkstelligen, er soll auch in digitaler Form angeboten  
466 werden.

467 Grundsätzliche Vorschläge für eine Reform des Schwerbehindertenausweises  
468 könnten wie folgt aussehen:

- 469 • Erleichterung bei der Beantragung
- 470 • Wertmarke unabhängig vom Merkzeichen, generell ab GdB v. 50
- 471 • Wertmarke erlaubt Fahrten auch mit Fernverkehrszügen
- 472 • Nachteilsausgleiche mit dem Teilhabeausweis für alle ab GdB v. 50  
473 anpassen

474

475 **Antrag 26**

476

477 Antragsteller\*in: Landesverband Bayern

478 Empfänger\*innen: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Parteivorstand, Bundes-  
479 regierung

480 (Angenommen)

481 **Erarbeitung eines bundeseinheitlichen barrierefreien Notfall- und Versor-**  
482 **gungsplanes für Menschen mit Behinderung in Krisenzeiten**

483 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv fordert die Bundesregierung, die Bun-  
484 destagsfraktion und den Bundesvorstand der SPD auf, einen bundeseinheit-  
485 lichen und barrierefreien Notfall- und Versorgungsplan für Menschen mit  
486 Behinderungen zu erarbeiten, damit in Krisen- und Katastrophenzeiten  
487 schnelle, unbürokratische, barrierefreie und bedarfsgerechte Hilfemaßnah-  
488 men für Menschen mit Behinderungen in die Wege geleitet und angewendet  
489 werden können.

490

491 **II. Weitere Anträge**

492 Zurückgezogen: A 5, A 19

493 Erledigte: A 15, A 18